

Stuttgart, 13.09.2022

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart Halbjahresbericht 2022

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Betriebsausschuss Abfallwirtschaft	Kenntnisnahme	öffentlich	28.09.2022

Bericht

Vom Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Stuttgart wird Kenntnis genommen.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referat WFB hat mitgezeichnet

Vorliegende Anfragen/Anträge:

keine

Erledigte Anfragen/Anträge:

keine

Technisches Referat

Betriebsleitung AWS

Dirk Thürnau
Bürgermeister

Markus Töpfer
Geschäftsführer

Anlagen

Anlage 1: Halbjahresbericht 2022

Anhang 1 zur Anlage 1: Erfolgsübersicht Gesamt und Betriebsbereiche Abfallwirtschaft,
Straßenreinigung/Winterdienst und ÖTA 2022

1. Allgemeines

Gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 1 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart ist dem Betriebsausschuss halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplans zu berichten.

Grundlage für den Halbjahresbericht sind der Jahresabschluss 2021, der Doppelwirtschaftsplan 2022/23 sowie Hochrechnungen der wichtigsten Posten des Erfolgs- und Vermögensplans. Hingewiesen werden muss auf die Tatsache, dass Auswirkungen von Jahresabschlussbuchungen (vor allem Veränderungen der Rückstellungen) zum Teil nur im Wege der Schätzung bzw. nicht berücksichtigt werden konnten. Hinzukommen die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG), besonders bei unseren langfristigen Deponierückstellungen (Laufzeit teilweise bis 2075).

2. Geschäftsjahr 2021

Der Jahresabschluss 2021 wurde am 21.07.2022 durch den Gemeinderat festgestellt. Der Jahresgewinn 2021 beträgt 10.237.706,04 € und verteilt sich wie folgt auf die sechs Betriebsbereiche:

Straßenreinigung/Winterdienst	3.475.186,44 €
Abfallentsorgung	5.055.129,17 €
Mineralische Deponie	575.855,84 €
Öffentliche Toilettenanlagen	171.509,79 €
Fahrbetrieb	1.581.795,78 €
Werkstatt	- 621.770,98 €

Der einmalig hohe Jahresüberschuss 2021 resultiert im Wesentlichen aus der erfolgswirksamen Auflösung der bestehenden Pensions- und Beihilferückstellungen zum 01.01.2021 in Höhe von rd. 11,2 Mio. € aufgrund der neuen Eigenbetriebsverordnung Baden-Württemberg. Ohne diesen Einmaleffekt hätte sich ein Jahresverlust 2021 in Höhe von rd. 993 T€ ergeben.

3. Geschäftsjahr 2022

Im weiteren Text werden die Aufwendungen, die Erträge und das Ergebnis erläutert. Der Anhang 1 zur Anlage 1 zeigt das Zahlenwerk zur voraussichtlichen Entwicklung des Erfolgsplanes 2022 für den gesamten Eigenbetrieb AWS sowie für die Betriebsbereiche Abfallwirtschaft, Straßenreinigung/Winterdienst und öffentliche Toilettenanlagen. Die beiden zuletzt genannten Bereiche werden im Wesentlichen über ein sog. Leistungsentgelt durch die LHS finanziert. Bei der Darstellung wird aus Gründen der Übersichtlichkeit auf die separate Darstellung der Betriebsbereiche Fahrbetrieb, Werkstatt (Hilfsbetriebe) und mineralische Deponie verzichtet.

Aufwendungen

Die gesamten Betriebsaufwendungen liegen voraussichtlich um rd. 1,1 Mio. € über den geplanten Aufwendungen.

Der Bezug von EnBW verringert sich voraussichtlich gegenüber dem Planansatz um rd. 284 T€. Die LHS wird auch 2022 voraussichtlich ihre Garantiemenge von 110.000 t/a nicht

erreichen. Wir rechnen mit einer Menge von rd. 105.000 t für 2022. Mit einer Unterschreitung des Gesamtkontingents (225.000 t/a) im Rahmen des Verbrennungsvertrages mit der EnBW AG ist aber in keinem Fall zu rechnen, da die Kooperationspartner auch in 2022 deutliche Mehrmengen anliefern werden. Wir rechnen insgesamt mit einer Gesamtmenge von rd. 245.000 t. Eine entsprechende Mehrmengenvereinbarung für das Jahr 2022 wurde mit der EnBW AG bzw. mit den Kooperationspartnern abgeschlossen.

Bzgl. den tatsächlichen Aufwendungen an den Zweckverband Restmüllheizkraftwerk Böblingen (ZV RBB) gehen wir im Moment vom Planansatz 2022 des RBB in Höhe von rd. 2,15 Mio. € aus, der auch Basis für die monatlichen Abschlagszahlungen ist. Das Anlieferkontingent beim RBB beträgt 15.100 t/a.

Beim Bezug von sonstigen Fremden (Gesamt) rechnen wir mit einer deutlichen Erhöhung um rd. 4,5 Mio. € auf rd. 31,3 Mio. €. Die Gründe liegen im Wesentlichen in deutlich höheren Aufwendungen für Leasingpersonal im Vergleich zum Planansatz (+ 1,5 Mio. €), höheren Treibstoff- und Energiekosten (+1,3 Mio. €) und sonstigen gestiegenen Material- und Fremdleistungskosten aufgrund der Auswirkungen des Ukrainekriegs bzw. gestörter Lieferketten durch die Corona-Pandemie. Hinzuweisen ist auch auf die Probleme unserer Hauptwerkstatt geeignetes Personal für das Berufsbild Mechatroniker zu finden. Daher mussten viele Reparaturaufträge an externe Werkstätten vergeben werden. Die o.g. Sachverhalte werden zu deutlich negativen Ergebnissen der Betriebsbereiche Fahrbetrieb und Werkstatt führen.

Dem gegenüber steht eine Verminderung der gesamten Personalaufwendungen gegenüber dem Plan (-1,5 Mio. €). Die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst vom 25. Oktober 2020 führte ab dem 01. April 2022 zu einer weiteren Tarifierhöhung um 1,8 %. Die Tarifeinigung läuft bis zum 31. Dezember 2022.

Die Auswirkungen von BilMoG auf unsere langfristigen Deponierückstellungen können erst zum Jahresende exakt bei Vorliegen des von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssatzes quantifiziert werden. Den aus BilMoG resultierenden Zinsaufwand von voraussichtlich rd. 700 T€ werden wir durch eine entsprechende Ausschüttung bei gleichzeitiger Wiederanlage aus unserem Spezialfonds gegenfinanzieren. Der zur Ausschüttung verfügbare Betrag beträgt nach einer aktuellen Hochrechnung durch die LBBW AM rd. 6,3 Mio. €. Die stillen Reserven unseres Spezialfonds zum 31.07.2022 betragen rd. 233 T€. Die deutliche Verringerung gegenüber dem Stand zum 31.12.2021 (rd. 4,7 Mio. €) resultiert aus den Auswirkungen der Zinserhöhungen auf die Kurse sowohl bei den Renten- als auch bei den Aktienmärkten.

Bei den Abschreibungen rechnen wir mit einer Verminderung von rd. 715 TEUR gegenüber dem Planansatz welche im Wesentlichen durch Verzögerungen bei der Lieferung von Fahrzeugen begründet ist.

Mit einer geringfügigen Verringerung ist beim Posten sonstige betriebliche Aufwendungen zu rechnen. In diesem Posten sind geplante innerstädtische Verrechnungen in Höhe von rd. 4,4 Mio. € enthalten.

Ein Kostenrisiko bei den Verbrennungskosten liegt in der politischen Absicht auch die thermische Verwertung von Abfällen in das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG vom 12.12.2019) ab 2023 einzubeziehen. Das Bundeskabinett hat dazu im Juli 2022 die Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) beschlossen. Die Branche erwartet eine erhebliche Kostensteigerung im Bereich der thermischen Abfallverwertung, welche auch zu steigenden Restabfallgebühren führen wird. Eine Aussage bzgl. der konkreten

Höhe ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Der aktuelle Kabinettsentwurf der Bundesregierung enthält keine Informationen darüber, wie die CO₂-Emissionen aus der Müllverbrennung berechnet werden sollen.

Erträge

Bei den öffentlich-rechtlichen Erträgen rechnen wir im Vergleich zum Planansatz mit etwas höheren Einnahmen (rd. 677 T€). Dies liegt im Wesentlichen am zu erwartenden höheren Gebührenaufkommen im Bereich Abfallwirtschaft in Höhe von rd. 813 T€, während bei den Gehwegreinigungsgebühren mit einem Rückgang von rd. 136 T€ gerechnet wird.

Der Bestand der Gebührenüberschüsse zum 31.12.2022 wird voraussichtlich rd. 6,5 Mio. € betragen.

Eine Erhöhung erwarten wir auch bei den sonstigen Erlösen (rd. 443 T€). Diese sind im Wesentlichen durch Erhöhungen im Bereich Abfallwirtschaft (steigende Papierpreise/Mitbenutzung grüne Tonne) und Erhöhungen im Bereich der mineralischen Deponie begründet.

Im Betriebsbereich Abfallwirtschaft rechnen wir aktuell mit einem geringen Gebührenüberschuss für 2022 in Höhe von rd. 85 T€. Die exakte Höhe steht allerdings erst im Zuge der Jahresabschlusserstellung definitiv fest.

Ergebnis

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart rechnet mit einem Jahresverlust in Höhe von rd. 696 T€. Geplant war ein Jahresverlust in Höhe von 31 T€.

Über die Verwendung des Jahresergebnisses entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der Jahresabschlussvorlage für das Jahr 2022 im Sommer 2023.

Aufgrund anstehender Investitionsausgaben hat der Eigenbetrieb AWS zum 09.08.2022 zwei weitere städtische Darlehen in Höhe von 10 Mio. € (Laufzeit bis 2047) und in Höhe von 11 Mio. € (Laufzeit bis 2031) aufgenommen. Diese Darlehensaufnahme ist im Doppelwirtschaftsplan 2022/23 bereits vorgesehen. Über eine weitere Darlehensaufnahme wird in Q 4/2022 entschieden. Die Liquidität ist für 2022 jederzeit sichergestellt.

Stand wichtige Bauprojekte

Bioabfallvergärungsanlage

Aktueller Stand:

Derzeit erfolgt eine Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart (RPS) als Genehmigungsbehörde bzgl. der notwendigen Änderungsgenehmigung. Derzeit findet die Anhörung der Träger öffentlicher Belange durch das RPS statt. Nach derzeitigem Stand wird die Genehmigung im Herbst 2022 erwartet.

Mit den Tiefbauarbeiten wurde im August 2021 begonnen. Derzeit wird eine Einigung mit der Bietergemeinschaft für die Errichtung des Gewerks Hochbau vorbereitet, damit die Gründungsarbeiten auf den Auftragnehmer übertragen werden können. Ab dem Frühjahr

2023 könnten die Tiefbau- und Gründungsarbeiten und ab Sommer 2023 die Hochbauarbeiten erfolgen. Bei einer Bauzeit von ca. einem Jahr könnte die Vergärungsanlage den Betrieb im Herbst 2024 aufnehmen.

Weitere Gewerke (Betriebsgebäude, Gasverwertung) sollen im Herbst/Winter 2022 europaweit ausgeschrieben werden

Auf die entsprechende Mitteilungsvorlage (GRDrs 574/2022) wird verwiesen.

Neubau Betriebsstelle Burgholzstraße

Beschreibung:

Sämtliche Bestandgebäude werden abgerissen und durch moderne Ersatzbauten ersetzt. Im Wesentlichen besteht die Betriebsstelle künftig aus einem viergeschossigen Betriebsgebäude für rd. 180 gewerbliche Mitarbeiter sowie rd. 15 Büroarbeitsplätze. Unter dem Fahrzeugdach ist Platz für 45 ASF sowie drei Behälterwaschwagen.

Aktueller Stand:

Der Bauantrag ist eingereicht und bearbeitungsreif. Leistungsphase 5 hat begonnen. Der Baubeschluss wurde am 27. Juli 2022 gefasst. Die Baukosten sind auf rd. 21,6 Mio. angestiegen. Dies haben die Ausschreibungen der Hauptgewerke Roh- und Holzbau ergeben. Nach derzeitigem Rahmenterminplan kann die Übergabe der Betriebsstelle an den Betrieb Anfang 2025 erfolgen.

Neubau Betriebsstelle Gingener Straße

Beschreibung:

Die Bestandsgebäude sind bereits abgerissen. Die Betriebsstelle wird komplett neu bebaut. Neben dem Fahrzeugdach wird ein dreistöckiges Betriebsgebäude errichtet. Künftiger Nutzer ist der Betriebsbereich Abfallwirtschaft.

Aktueller Stand:

Die Bodenplatten und aufgehende Wände sind nahezu fertiggestellt. Die Decke über dem Kellergeschoss im Bereich Fahrzeugdach ist gegossen, im Bereich Betriebsgebäude etwa je zur Hälfte betoniert/bewehrt. Baukostensteigerungen sind zu erwarten. Nach derzeitigem Rahmenterminplan ist die Fertigstellung 2024 zu erwarten.

Neubau Bruno-Jacoby-Weg (Feuerwache 5)

Beschreibung:

Die Feuerwache 5 gibt ihren Standort am Bruno-Jacoby-Weg auf und zieht in den mittlerweile fast fertigen Neubau in Möhringen. Die Bestandsgebäude sind nicht erhaltenswert und nicht für die Nutzung durch den AWS geeignet. Das Grundstück muss komplett neu bebaut werden. Hierzu ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Vom Hochbauamt gibt es eine Prinzipskizze, wie das Grundstück bebaut werden könnte. Die Festsetzungen des Bebauungsplans sind mittlerweile definiert. Die aktuelle Planung kann umgesetzt werden.

Aktueller Stand:

Auftrag zur Durchführung eines VgV-Verfahrens ist erteilt. Der hierfür erforderliche Vorprojektbeschluss wurde am 27. Juli 2022 gefasst. Die Interimslösung auf dem Aurelis-Areal ist bis zum 31. Dezember 2022 genehmigt. Ein Verlängerungsantrag bis zum 31.12.2029 ist beim Baurechtsamt eingereicht.

Neubau Betriebsgebäude Leobener Straße

Beschreibung: Das Betriebsgebäude ist als Provisorium in Holzbauweise vor rd. 30 Jahren erstellt worden. Das Gebäude ist abgewirtschaftet und abgängig. Es soll an gleicher Stelle ein Neubau errichtet werden, in dem sich sowohl die Kantine wiederfindet als auch im EG Abstellmöglichkeiten für Kehrmaschinen und Nutzfahrzeuge vorhanden sind.

Aktueller Stand:

Das zweistufige VgV-Verfahren zur Auswahl eines geeigneten Planungsbüros ist angelaufen. Von den eingegangenen Bewerbern werden nach Wertung der Angebote die ersten 5 Büros zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen.

Umsetzung Toilettenkonzept

Beschreibung:

Die 27 gemieteten Säulentoilettenanlagen müssen bis zum Jahr 2025 gegen Automatiktouiletten ausgetauscht sein. Grundsätzlich gibt es drei "Grundtypen":

Unisextoilette,
Unisex-Toilette mit separatem Urinal,
Toilette für Alle

jeweils in verschiedenen Ausstattungsvarianten.

Zeitraumen: Abschluss der Maßnahme 2025, Erneuerung der ersten Toilettenanlagen Ende 2022, dann sukzessiver Austausch bis Ende 2024/Anfang 2025. Danach Ausführung von Rest- und Anpassungsarbeiten

Aktueller Stand:

Büro Pesch Partner Architekten Stadtplaner GmbH (pp a/s) ist mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt. Die in Frage kommenden Standorte wurden begangen, Standortübersichten und Ausführungsvarianten sind zusammengestellt. Die Ausschreibung ist nahezu fertiggestellt. Parallel zu der Ausschreibung läuft mit Hilfe von 66 ein Verfahren zur Auswahl eines geeigneten Planers "rund um die Toilette" (Belagsanpassung, Einbindung an die vorhandene Situation, Leitungsführungen, Übergabepunkte etc.)

Neuarrondierung AWS-Zentrale Heinrich-Baumann-Straße

Beschreibung:

Die Gebäude und die Nutzung der Freiflächen in der H-B-Str. sind im Lauf der letzten 100 Jahre gewachsen. Das Grundstück wird dementsprechend suboptimal genutzt. Eine Neuarrondierung ist zwingend gegeben. Zur Neuarrondierung der AWS-Zentrale an Heinrich-Baumann-Straße wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Diese Studie hat ergeben, dass der heutige Bau 9 im ersten Schritt neu ersetzt werden soll. Hierdurch können dringend benötigte Büroflächen und Sozialräume geschaffen werden. Gleichzeitig ist der Neubau bei Realisierung der Machbarkeitsstudie der erste Schritt.

Baukosten: Die Kosten betragen ca. 21,5 Mio. €.

Zeitraumen: Der Neubau ist so schnell wie möglich zu errichten. Inbetriebnahme frühestens 2026/2027 möglich.